

**HINWEIS**

Dieser Text wurde mit dem "Politischen Informationssystem Offenbach" erstellt. Er dient nur der Information und ist nicht rechtsverbindlich. Etwaige Abweichungen des Layouts gegenüber dem Original sind technisch bedingt und können nicht verhindert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt  
Offenbach am Main  
2011 - 2016

2011-16/DS-I(A)0206

Ausgegeben am 08.06.2012  
Eing. Dat. 08.06.2012

**Kein Platz für radikale Kräfte in Offenbach**

Antrag SPD, B´90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, FW, Piraten und Stv. MahmutYigit (FNO) vom 06.06.2012

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Offenbach ist eine tolerante Stadt mit Bürgerinnen und Bürgern vielerlei Nationalitäten und kultureller Hintergründe. Dies verlangt von allen ein respektvolles Miteinander. Dies gilt ganz besonders beim Thema Religion. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach bekräftigt daher, dass es in Offenbach keinen Platz für jede Art von radikalen Kräften gibt, die die Religion für politische Zwecke missbrauchen und demokratische Grundwerte nicht akzeptieren. Der Magistrat wird aufgefordert sich weiterhin für einen verstärkten interreligiösen Dialog an den Schulen einzusetzen und von der hessischen Landesregierung die Einrichtung eines staatlich organisierten Islamunterrichts zu fordern.

**Begründung:**

Nach Expertenmeinung gehören etwa 0,1 bis 0,2 Prozent aller hier lebenden Muslime zu einer Gruppe von radikal antidemokratischen Kräften, die sich "Salafisten" nennen. Diese akzeptieren das Grundgesetz nicht und bringen den Islam in Misskredit. Ihnen stehen vier Millionen friedlich in Deutschland lebende Muslime gegenüber. In Offenbach ist bisher keine salafistische Vereinigung bekannt. Dennoch sind auch in Offenbach in den vergangenen Wochen Salafisten in Erscheinung getreten, um ihre radikale Weltansicht zu verbreiten. Diese Splittergruppe versucht den Eindruck zu erwecken, für „den Islam“ zu sprechen. Doch das ist natürlich nicht der Fall, der Islam ist vielschichtig.

Die Stadtverordnetenversammlung setzt mit dem Antrag erneut ein deutliches Signal für religiöse Toleranz. Radikale Kräfte wie die Salafisten, die die Religion für radikale politische Zwecke missbrauchen, haben in Offenbach keinen Platz und stören das friedliche Miteinander der Kulturen, das von Respekt und Rücksichtnahme geprägt sein muss.